

Die Anfrage nimmt unter anderem Bezug auf „Baubeschluss Lärmschutzmaßnahmen im Rahmen des Konjunkturpakets II“ (IV/2009/08045). In diesem Zusammenhang folgende Fragen:

- 1. Wie ist der aktuelle Stand bei diesen Straßenbauvorhaben? Wann ist mit der Fertigstellung dieser Baumaßnahmen zu rechnen?**
- 2. Welche Maßnahmen sind darüber hinaus vorgesehen, um besseren Lärmschutz zu erreichen?**
- 3. Hat die Stadt Halle als Betroffene/Beteiligte beim Planfeststellungsverfahren für die neue Zugbildungsanlage („neuer Güterbahnhof“) in der vorgeschriebenen Anhörung ihren Einfluss geltend gemacht, um nötigenfalls Lärmschutzmaßnahmen erreichen zu können?**

gez. Hildebrandt
Stadtrat

Antwort der Verwaltung:

Zu 1.

Im Zuge des Planungsfortschritts zum Kostenbild bzw. zur Förderfähigkeit der einzelnen Maßnahmen stellte sich heraus, dass die Lieskauer Straße sowie der Zollrain nicht förderfähig sind und somit aus dem KP II zurückgezogen werden mussten.

Beim Landesverwaltungsamt wurden für nachfolgend aufgeführte Maßnahmen Fördermittelanträge eingereicht:

- Berliner Straße
- Robert-Koch-Straße
- Eislebener Straße
- Magdeburger Straße
- Teilabschnitt Mühlweg.

Der Zeitpunkt der Fertigstellung wird wesentlich davon abhängen, wann der Fördermittelbescheid erteilt wird.

Zu 2.

Die Fördermittel zur Realisierung von Lärmschutzmaßnahmen aus dem KP II werden konzentriert für die oben genannten Straßen eingesetzt. Diese stehen an der Spitze einer Prioritätsliste. Damit werden die verfügbaren Fördermittel vollständig ausgeschöpft. Weitere finanzielle Spielräume sind nicht vorhanden.

Zu 3.

Der Einfluss der Stadt Halle auf das Planfeststellungsverfahren wurde geltend gemacht im Rahmen der dafür vorgesehenen Beteiligung.

Die Umsetzbarkeit verschiedenster Schallschutzmaßnahmen wurde im Rahmen dieser Beteiligung ausführlich zwischen der Stadt und dem Vorhabenträger erörtert. Aufgrund dieser Erörterung wurde eine Nachberechnung der Schallimmissionsprognose durch den Vorhabenträger durchgeführt. Auf der Grundlage dieser Nachberechnung wurde ein Bündel von geeigneten Maßnahmen abgestimmt, das derzeit dem Eisenbahnbundesamt als Genehmigungsbehörde vorliegt.

Dr. Thomas Pohlack
Bürgermeister

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.